I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2017

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2017 informiert.

Landtagswahlen 2017

Die Landtagswahlen für die Legislaturperiode 2017 bis 2021 fanden am 5. Februar 2017 statt. Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) wurde dabei trotz eines Sitzverlustes mit 9 Sitzen erneut stimmenstärkste Partei im Landtag. Die Vaterländische Union (VU) behielt ihre 8 Sitze, die Unabhängigen (DU) konnten bei ihren zweiten Landtagswahlen einen Sitz hinzugewinnen (neu 5 Sitze), die Freie Liste (FL) blieb bei 3 Sitzen. Somit gibt es in der aktuellen Legislaturperiode abermals 4 Fraktionen im Landtag. Die Stimmbeteiligung lag bei 77.8 % (2013 79.8 %, 2009 84.6 %), davon stimmten 95.9 % per Briefwahl ab. Der Anteil Frauen im Parlament sank im Vergleich zu 2013 von 5 Sitzen auf 3 Sitze.

	2013	2017
FBP	10 Sitze	9 Sitze (-1)
VU	8 Sitze	8 Sitze (+/-0)
DU	4 Sitze	5 Sitze (+1)
FL	3 Sitze	3 Sitze (+/-0)

Wie schon in der Legislaturperiode zuvor hat Liechtenstein auch jetzt wieder eine Koalitionsregierung (FBP und VU), angeführt von Regierungschef Adrian Hasler (FBP). Anlässlich der Eröffnungssitzung am 30. März 2017 wurde Albert Frick (FBP) erneut zum Landtagspräsidenten gewählt. Seine Stellvertreterin und somit Landtagsvizepräsidentin ist Gunilla Marxer-Kranz (VU).

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2017 an insgesamt 18 Sitzungstagen während rund 132 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 22 Sitzungstage, ca. 195 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 30. März 2017 trat der Landtag zu 6 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Die erste Arbeitssitzung begann am 3. Mai 2017, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 6. Dezember 2017. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 9 Stunden. Im Jahr 2017 wurden 141 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 195). 52 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 98). Zudem behandelte der Landtag 17 Finanzvorlagen und 38 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 26 Berichte (z. B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 12-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurden 3 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 14) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Aktuelle Stunde wurde einmal abgehalten, 5-mal wurde darauf verzichtet. Im Berichtsjahr wurden 16 parlamentarische Eingänge eingereicht (Vorjahr 11), davon 1 Petition, 10 Postulate, 2 Motionen und 3 Interpellationen. Die Petition kam vom Verein «Hoi Quote» und befasste sich mit dem Verhältnis zwischen Frauen und Männern bei der Bestellung von Gremien. Die Postulate handelten von einem verpflichtenden betrieblichen Mobilitätsmanagement, von den Sozialversicherungen, von der Besteuerung von Ausschüttungen, von der Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen, von der Entkoppelung der Höhe des Sollertrags von der Höhe des Eigenkapital-Zinsabzugs, von der Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter, von der steuerlichen Bewertung von Liegenschaften, von der Gleichbehandlung von Familien mit ausserhäuslich betreuten Kindern, von der Familienförderung und von der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Motionen betrafen die Zentrumsgestaltung Schaanwald und die Kostenbefreiung bei Mutterschaft. Die Interpellationen schliesslich handelten von der Ökologisierung der Landwirtschaft in Liechtenstein, vom Landesspital und von der Besteuerungspraxis bei Spitalangestellten und BZB-Lehrkräften. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten 188 Kleine Anfragen an die Regierung (Vorjahr 144). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet, in Ausnahmefällen können die Beantwortungen der Kleinen Anfragen auch schriftlich nachgereicht werden. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 6-mal in nichtöffent-

licher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Albert Frick mit den Abgeordneten Christine Wohlwend, Christoph Wenaweser, Herbert Elkuch und Wolfgang Marxer tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 3-mal. Dabei wurden diverse Kreditüberschreitungen beraten sowie im Besonderen der Stand und die Entwicklung der Umsetzung des Krankenversicherungsgesetzes diskutiert.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte 2017 in 7 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Albert Frick (Vorsitz) und die Abgeordneten Eugen Nägele, Manfred Kaufmann, Jürgen Beck und Thomas Lageder als Mitglieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem periodisch über aktuelle Entwicklungen betreffend den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Das Hauptaugenmerk lag im Jahre 2017 auf dem Abschluss diverser Freihandelsabkommen, dem Abkommen mit der Republik Österreich über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens, dem Abkommen mit dem Fürstentum Monaco zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern von Einkommen und von Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und Steuerumgehung sowie ein Abkommen zur Notifikation der Partnerstaaten einer multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Des Weiteren fand eine umfassende Information über den aktuellen Stand der Brexit Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU durch die Fachexpertenstelle Brexit sowie ein Gesprächstreffen mit dem EU-Botschafter in der Schweiz, dem Dänen Michael Matthiessen statt. Vom 21. bis 23. März nahmen Landtagspräsident Albert Frick und Landtagssekretär Josef Hilti an der 11. Parlamentspräsidenten-Konferenz europäischer Kleinstaaten in San Marino teil. Am 5. Juni empfingen Landtagspräsident Albert Frick und die Abgeordnete Susanne Eberle-Strub in Funktion als Leiterin der Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sowie Landtagssekretär Josef Hilti Vertreter des Monitoring Ausschusses des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat zu einem Gespräch im Rahmen eines periodischen Monitorings über die nationale Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Am 13. Juni nahm Landtagspräsident Albert Frick am Empfang des neuen St. Galler Kantonsratspräsidenten Ivan Louis in seiner Heimatgemeinde Nesslau teil. Am 27. Juni begrüsste Landtagspräsident Albert Frick den schweizerischen Nationalratspräsidenten Jürg Stahl zu einem Freundschaftstreffen in Vaduz. Am 15. und 16. Juli nahm Landtagspräsident Albert Frick an der jährlichen Konferenz der Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Länder in Winterthur teil. Neben dem informellen Austausch standen die Fragen nach den Chancen und Risiken des Strukturwandels und die damit verbundenen parlamentarischen Herausforderungen im Zentrum dieses Treffens. Am 18. Juli war der Landtagspräsident zu Gast beim Sommerempfang des Bayerischen Landtags in München/Schleissheim. Vom 15. bis 17. November besuchte die APK im Rahmen ihrer periodischen Botschaftsbesuche die liechtensteinische Botschaft in Brüssel. Anlässlich dieses Besuches fanden Gespräche mit Vertretern des EFTA- Sekretariates, dem Financial Mechanism Office sowie der EFTA-Überwachungsbehörde statt. Eine Diskussion mit Vertretern des Center for European Policy Studies rundete diesen von der Botschaft in Brüssel gut organisierten und sehr informativ gestalteten Besuch in Brüssel ab.

Finanzkommission
Die Finanzkommission wurde im Jahr 2017 von den Abgeordneten Christoph Wenaweser (Vorsitz), Wendelin Lampert, Herbert Elkuch und den stv. Abgeordneten Rainer Beck und Wolfgang Marxer. In 9 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein in der Prüfung und Begutachtung des Voranschlags des Staates, in der Prüfung und Begutachtung sämtlicher

von der Regierung zuhanden des Landtags verabschiedeten Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen und in der Wahrnehmung von Aufgaben nach der Finanzhaushaltsgesetzgebung. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Erwerb und Veräusserung von Grundstücken, Anlagestrategie der Poolanlagen, Kenntnisnahme von Geschäftsberichten, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht etc.) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende Behandlungsthemen: Genehmigung eines Nachtragskredits zur Sicherstellung der Grundversorgung im Liechtensteinischen Landesspital; Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein»; Landesbeitrag an die Genossenschaft Theater am Kirchplatz für die Jahre 2018 bis 2021; Verpflichtungskredit für den Neubau einer Kletterhalle des LAV in Schaan; Schaffung einer Richterstelle beim Fürstlichen Landgericht. Zudem trifft sich die Finanzkommission jährlich mit der Liechtensteinischen Landesbank zu einem Informationsaustausch.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 8 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Thomas Rehak (Vorsitz), Georg Kaufmann und Frank Konrad sowie die stellvertretenden Abgeordneten Alexander Batliner und Ado Vogt an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews, der Überprüfung der Eigner- und Beteiligungsstrategien (Beteiligungscontrolling) sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u.a. zur Landesrechnung) lag das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr 2017 auf folgenden Themenbereichen: Netzausfälle bei der Telecom FL AG, Aufnahmezentrum sowie Bericht über die Revision der Gerichte. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Amt für Bevölkerungsschutz sowie dem Amt für Statistik einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Ämter. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagspräsidium

Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz gehörten die Fraktionssprecher Daniel Oehry (FBP), Violanda Lanter-Koller (VU), Harry Quaderer (DU), Georg Kaufmann (FL) sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium trat im Berichtsjahr zu 6 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen, dem jährlichen Budgetvorschlag zuhanden des Landtags sowie mit Fragen in Bezug auf das allgemeine Geschäftsverfahren. Weiter wurden unter anderem die nachfolgenden Themen beraten: Festlegung der Sitzungstermine für den Landtag auf die nächsten zwei Jahre, Anpassung der Zustellfristen gemäss der Geschäftsordnung für Berichte und Anträge an den Landtag, Einführung von Landtagswiederholungssendungen on demand (Homepage), Umgang mit Resolutionen des Jugendparlamentes zuhanden des Landtags, Vorschlag der Regierung zur Neubesetzung der Stelle des Datenschützers bzw. der Datenschützerin, Vorgehen mit gestellten Zusatzfragen im Rahmen der Beantwortung Kleiner Anfragen, Beratung der Liste der Regierungsvorlagen per 2017, Vorbesprechung der geplanten Revision des Datenschutzgesetzes in Bezug auf die den Landtag betreffenden Rechte und Pflichten, etc. Am 1. Juni empfing das Landtagspräsidium das Präsidium des Kantonsrates St. Gallen und am 21. September dasjenige des Vorarlberger Landtags zu Gesprächstreffen in Vaduz. Auf Einladung des Präsidiums des Grossen Rates des Kantons Aargau stattete das Landtagspräsidium diesem am 12. September einen Besuch in Aarau ab.

EWR-Kommission

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, die Abgeordneten Elfried Hasler (Vorsitz), Thomas Vogt, Patrick Risch und die stellvertretenden Abgeordneten Peter Frick und Ado Vogt überprüften in 6 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2017 wurden 514 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 9'287) durch 247 Beschlüsse (total seit Abkommen 4'081) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Richterauswahlgremium

Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Johannes Kaiser, Thomas Vogt, Thomas Rehak und Thomas Lageder trat im Berichtsjahr zu 9 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidaten wurden allesamt gewählt.

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Art. 69 der Geschäftsordnung für den Landtag kann der Landtag zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände oder aktuellen politischen Fragen besondere Kommissionen bestellen.

Besondere Kommission zur Revision der Geschäftsordnung für den Landtag und des Bezügegesetzes
Zur Revision der Geschäftsordnung für den Landtag (GOLT) und des Bezügegesetzes, beschloss der Landtag an seiner ersten Arbeitssitzung eine Besondere Kommission einzusetzen. Dieser gehören die Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz, die Abgeordneten Jürgen Beck, Daniel Seger und die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett an. Im Berichtsjahr tagte die Kommission 8-mal. Die von der Kommission erarbeitete Gesetzesinitiative inkl. Bericht und Antrag zur Abänderung der GOLT wurde per Ende des Berichtsjahres der Regierung zur Prüfung der Übereinstimmung mit der Verfassung sowie der Legistik zugestellt.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Parlamentsdienst bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats, das aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente besteht. Die Versammlung besteht aktuell aus 648 Mitgliedern, davon 324 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg setzte sich im Jahr 2017 nach den Landtagswahlen aus den Abgeordneten Susanne Eberle-Strub (Delegationsleiterin) und Christoph Wenaweser als ordentliche Mitglieder, sowie Daniel Seger und Günter Vogt als Ersatzmitglieder zusammen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie das grösste politische Forum Europas. Im Berichtsjahr fanden neben diversen Ausschusssitzungen insgesamt vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg statt, an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war (23. bis 27. Januar; 24. bis 28. April; 26. bis 30. Juni; 9. bis 13. Oktober). Dominierendes Thema der Versammlung war ein umstrittener Besuch des damaligen Präsidenten, Pedro Agramunt, in Syrien an dem es auch zu einem Treffen mit Syriens Staatschef gekommen war. Nach erfolglosen Rücktrittsforderungen und dem Entzug des Vertrauens durch das Präsidium trat Agramunt schliesslich im Oktober zurück. Dies kurz bevor die Versammlung, nach erfolgter Änderung der Geschäftsordnung, über seine Amtsenthebung befunden hätte. Im Berichtsjahr setzte die Versammlung eine unabhängige externe Untersuchungskommission zur Prüfung von Korruptionsvorwürfen ein. Die Kommission soll die Anschuldigungen von Korruption und Interessensförderung gegen einige aktuelle und ehemalige Mitglieder der Versammlung umfassend und unabhängig prüfen. Die russische Delegation reichte im Berichtsjahr wiederum keine Beglaubigungsschreiben ein und nimmt somit seit 2014 an den Sitzungen der Versammlung nicht teil. Darüber hinaus wurde über die nachstehenden Themen debattiert und Entschliessungen verabschiedet: Die Notwendigkeit einer Reform der Europäischen Migrationspolitik; Übergriffe auf Journalisten und die Medienfreiheit in Europa; Die humanitäre Krise im Gazastreifen; Die Arbeitsweise der demokratischen Institutionen in der Ukraine; Die Vereinbarkeit von Menschenrechten mit Investor-Staat-Schiedsverfahren im Rahmen internationaler Investitionsschutzabkommen; Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in der Türkei; Der Schutz von weiblichen Flüchtlingen von geschlechtsspezifischer Gewalt; Bestürzende Entwicklungen in Ungarn: Ein neues Gesetz über nichtstaatliche Organisationen, das der Zivilgesellschaft Schranken auferlegt, und die Schliessung einer internationalen Universität; 25 Jahre CPT: Erfolge und Verbesserungsbedarf; Missbrauch des Interpol-Systems: Notwendigkeit strengerer rechtlicher Garantien; Förderung einer integren Regierungsführung zur Bewältigung der politischen Korruption; Migration als Chance für die europäische Entwicklung; Sexuelle Gewalt und die Belästigung von Frauen im öffentlichen Raum stoppen; Politische Einflussnahme auf unabhängige Medien und Journalisten; Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Aserbaidschan; Aufruf zu einem Europaratsgipfel zur Bekräftigung der europäischen Einheit und zur Verteidigung und Förderung der Demokratie in Europa.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzu-

geben. Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer als ordentliche Mitglieder, sowie dem Abgeordneten Manfred Kaufmann und dem stellvertretenden Abgeordneten Michael Ospelt als Ersatzmitglieder zusammen. Neben den Delegationen aus Liechtenstein waren regelmässig Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz an den Sitzungen vertreten. Die Delegation nahm am 8. und 9. Mai an einem Arbeitsbesuch in Ottawa teil. Mit dem Besuch verfolgte die EFTA-Delegation das Ziel, das Interesse der EFTA an einer Weiterentwicklung und Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens zu unterstreichen und zu erfahren, inwiefern bei den verschiedenen Gremien auf kanadischer Seite der politische Wille hierzu vorhanden ist. Anschliessend nahm die Delegation vom 10. bis zum 12. Mai an einem Arbeitsbesuch in Mexiko-Stadt teil. Ziel des Besuchs war die laufenden Verhandlungen mit Mexiko über eine Erweiterung und Modernisierung des Abkommens auf parlamentarischer Ebene zu unterstützen. Das 48. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand am 22. und 23. Mai in Reykjavik statt. Dabei wurde ein Beschluss zum «Jahresbericht 2016 über das Funktionieren des EWR-Abkommens» verabschiedet. Am 25. und 26. Juni nahm die Delegation am 114. CMP-, 81. MPS-Meeting sowie am 56. EFTA-Ministertreffen und am 18. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Longyearbyen teil. Das Parlamentarierkomitee wurde über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen und über das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. Ebenso wurde der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf das EWR-Abkommen diskutiert. Am 14. November fand ein Treffen der EWR/EFTA-Minister mit dem Parlamentarier- sowie dem Konsultativkomitee in Brüssel statt. Dieses Treffen bietet den beteiligten Gremien die Möglichkeit sich über die jüngsten Entwicklungen im EWR-Abkommen auszutauschen. Die Minister informierten das Komitee über die Ergebnisse des EWR-Rats und den politischen Dialog, in dem die Auswirkungen des Brexit auf das EWR-Abkommen diskutiert wurden. Das 49. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand am 15. und 16. November in Strassburg statt. Ein zentrales Thema des Treffens war der Austrittsprozess des Vereinigten Königreichs aus der EU und die damit zusammenhängende Rolle des Europäischen Parlaments. Am 23. und 24. November nahm die Delegation am 115. CMP-, 82. MPS-Meeting und am 57. EFTA-Ministertreffen in Genf teil. Dabei wurde das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen informiert.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Die OSZE PV vereint 323 Abgeordnete aus 57 Teilnehmerstaaten. Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Jahr 2017 aus dem Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und der stellvertretenden Abgeordneten Helen Konzett als ordentliche Mitglieder sowie den Abgeordneten Violanda Lanter-Koller und Eugen Nägele als Ersatzmitglieder zusammen. Im Berichtsjahr fanden wiederum drei Tagungen statt. Die 16. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung fand am 23. und 24. Februar in Wien statt. Liechtenstein konnte aufgrund der kurz davor stattgefundenen Landtagswahlen keine Delegation an die Wintertagung senden. An den Sitzungen der drei Ausschüsse wurden die Themen für die Jahrestagung erläutert und spezifiziert. Ausserdem fand eine Spezialdebatte zum Thema «Schutz der Menschenrechte in Zeiten von Krisen» statt. Die 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 5. bis zum 9. Juli in Minsk statt. Liechtenstein wurde vom Abgeordneten Günter Vogt und der stellvertretenden Abgeordneten Helen Konzett vertreten. Die Jahrestagung stand unter dem Thema «Stärkung von gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit für Frieden und Wohlstand in der OSZE-Region». Folgende Themen wurden unter anderem debattiert: Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine; Abschaffung der Todesstrafe; Migration; Stärkung der Rolle der OSZE bei der Terrorismusbekämpfung; Multikulturalismus – die Rolle kultureller Werte in der Entwicklung der Demokratie im Kontext der Globalisierung; Nichtannehmbarkeit von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Christen, Muslimen und Angehörigen anderer Religionen sowie Erarbeitung frühzeitiger und wirksamer gesetzgeberischer, regulatorischer und administrativer Massnahmen gegen das Aufkommen neuer psychoaktiver Substanzen. Am Ende der Tagung wurde die «Minsk Deklaration» verabschiedet, welche sämtliche 57 Mitgliedstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung fand vom 3. bis zum 5. Oktober in Andorra statt. Aufgrund der zeitlichen Überscheidung mit der Landtagssitzung konnte nur die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett an der Tagung teilnehmen. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung die Mög-

lichkeit, Fachexperten auf spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, anzusprechen.

Interparlamentarische Union (IPU)
Die Interparlamentarische Union (IPU) ist eine weltweite Organisation von mittlerweile 178 Staaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen. Der liechtensteinischen Delegation bei der IPU gehörten die Abgeordneten Mario Wohlwend (Delegationsleiter) und Johannes Hasler als ordentliche Mitglieder sowie der Abgeordnete Jürgen Beck und der stellvertretende Abgeordnete Wolfgang Marxer als stellvertretende Delegationsmitglieder an. Wie in den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben verschiedenen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 136. IPU-Konferenz tagte vom 1. bis zum 5. April in Dhaka/Bangladesch, die 137. IPU-Konferenz fand vom 14. bis zum 18. Oktober in St. Petersburg/Russland statt. An der ersten Sitzung konnte die liechtensteinische Delegation aufgrund der kurz davor stattgefundenen Landtagswahlen nicht teilnehmen. An der zweiten Sitzung war die liechtensteinische Delegation durch Mario Wohlwend und Johannes Hasler sowie Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten. Das Hauptthema der Sitzung war die Förderung von kultureller Vielfalt und Frieden durch religions- und ethikübergreifenden Dialog. Als dringliches Traktandum wurde die aktuelle humanitäre Krise der Rohingyas behandelt. Insbesondere wurde diskutiert, wie die Situation dieser Menschen kurzfristig verbessert werden kann und was für Massnahmen notwendig sind, damit diese in ihre Heimat zurückkehren können. Nebst der Besprechung von weiteren z.T. wiederkehrenden Themen wie das Budget und das Jahresprogramm 2018 wurde Frau Gabriela Cuevas Barron aus Mexico als neue IPU-Präsidentin gewählt.

Internationale Parlamentarier-Konferenz Bodensee
Die Internationale Parlamentarier-Konferenz Bodensee (IPBK) ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell Inner- und Ausserrhoden, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr, in dem Liechtenstein den Vorsitz der IPBK innehatte, vertraten Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter), die Abgeordneten Violanda Lanter-Koller, Patrick Risch und der stellvertretende Abgeordnete Ado Vogt den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Aufgrund der Revision des IPBK-Statuts, welches am 1. Januar 2017 in Kraft trat, veranstaltete Liechtenstein zudem als Gastgeber und Vorsitzland 3 Sitzungen des Steuerungsausschusses und 2 Sitzungen des IPBK-Sekretariats, weshalb der Parlamentsdienst deutlich mehr Arbeit zu bewältigen hatte. Die 48. Sitzung der IPBK (Frühjahrskonferenz) fand am 19. Mai im Landtagsgebäude in Vaduz statt. Jürgen Brücker, Rektor der Universität Liechtenstein, referierte dabei über die Thematik der «Internationalen Bodenseehochschule – der Hochschulverbund aus Sicht der Universität Liechtenstein». Neben den Standardtraktanden standen zudem die folgenden Themen im Vordergrund: Leitbild und Strategie der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), Einsatz zweier Arbeitsgruppen (Fluglärm und Gesamtverkehrskonzept), Beschäftigungsbonus in Österreich und Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz. Besuche der Kunstschule Liechtenstein und der Universität Liechtenstein rundeten das Programm der Frühjahrskonferenz ab. Die 49. Sitzung der IPBK (Herbstkonferenz) fand am 20. Oktober im Hotel Kommod in Ruggell statt. Das Impulsreferat der Stiftung «Zukunft.li» zu ihrer Studie «Finanzierung der Alterspflege – Handlungsbedarf und Lösungsansätze» wurde von Peter Beck gehalten. Neben den Standardtraktanden standen zudem die folgenden Themen im Mittelpunkt: Leitbild und Strategie der IBK, Berichte der beiden im Frühjahr initiierten Arbeitsgruppen und die Einführung der neuen Homepage der IPBK. Besuche der Firma Kaiser AG in Schaanwald und des Alters- und Pflegeheims in Eschen rundeten die Herbstkonferenz ab und Landtagspräsident Albert Frick überreichte die Glocke der Sitzungsleitung in einem symbolischen Akt an den Kanton Schaffhausen (vertreten durch Kantonsratsmitglied Markus Müller), welcher den Vorsitz 2018 innehaben wird. Liechtenstein ist gemäss Statut als Vorsitzland des Vorjahres auch 2018 im Steuerungsausschuss und im IPBK-Sekretariat vertreten.

Parlamentsdienst

Die Aufgaben des Parlamentsdienstes sind in Art. 17 GOLT umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Heute besteht der Parlamentsdienst aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten, einer Teilzeit-Mitarbeiterin und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Zudem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Inbetriebnahme im Jahre 1990 insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen.

Der Parlamentsdienst verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung inklusive den Schreibkräften über 6.40 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2017

Eröffnungssitzung vom 27. Februar 2017

- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S.D. der Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein hält die Thronrede.
- Bestellung der Wahlaktenprüfungskommission
  Die Wahlaktenprüfungskommission wird wie folgt bestellt:
  - Abg. Johannes Kaiser (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Oberland)
  - Abg. Patrick Risch (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Oberland)
  - Abg. Frank Konrad (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Unterland)
  - Abg. Thomas Rehak (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Unterland)
- Validierung der Landtagswahlen und der Wahl seiner Mitglieder
  Die Gültigkeit der Landtagswahlen und die Wahl seiner Mitglieder werden geprüft und bestätigt.
- Vereidigung durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  Die Vereidigung wird durch S.D. den Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein durchgeführt.
- Ansprache des Alterspräsidenten Albert Frick
  Der Alterspräsident Albert Frick hält seine Ansprache.
- Wahl des Landtagspräsidenten
  Als Landtagspräsident wird gewählt:
  - Abg. Albert Frick
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Als Landtagsvizepräsidentin wird gewählt:
  - Abg. Gunilla Marxer-Kranz
- Wahl der Schriftführer
  Als Schriftführer werden gewählt:
  - Abg. Johannes Hasler
  - Abg. Manfred Kaufmann
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
  In die Aussenpolitische Kommission werden gewählt:
  - Abg. Landtagspräsident Albert Frick (Vorsitz)
  - Abg. Jürgen Beck
  - Abg. Manfred Kaufmann
  - Abg. Thomas Lageder
  - Abg. Eugen Nägele
- Wahl der Finanzkommission
  In die Finanzkommission werden gewählt:
  - Abg. Christoph Wenaweser (Vorsitz)
  - Stv. Abg. Rainer Beck
  - Abg. Herbert Elkuch
  - Abg. Wendelin Lampert
  - Stv. Abg. Wolfgang Marxer
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
  In die Geschäftsprüfungskommission werden gewählt:
  - Abg. Thomas Rehak (Vorsitz)
  - Stv. Abg. Alexander Batliner
  - Abg. Georg Kaufmann
  - Abg. Frank Konrad
  - Stv. Abg. Ado Vogt
- Wahl der Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates
  In die Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates werden gewählt:
  - Abg. Susanne Eberle-Strub (Mitglied und Delegationsleiterin)
  - Abg. Christoph Wenaweser (Mitglied)
  - Abg. Daniel Seger (Ersatzmitglied)
  - Abg. Günter Vogt (Ersatzmitglied)
- Wahl der Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE
  In die Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE werden gewählt:
  - Abg. Günter Vogt (Mitglied und Delegationsleiter)
  - Stv. Abg. Helen Konzett (Mitglied)
  - Abg. Violanda Lanter-Koller (Ersatzmitglied)
  - Abg. Eugen Nägele (Ersatzmitglied)
- Wahl der Delegationen für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
  In die Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees werden gewählt:
  - Abg. Elfried Hasler (Mitglied und Delegationsleiter)
  - Abg. Harry Quaderer (Mitglied)
  - Abg. Manfred Kaufmann (Ersatzmitglied)
  - Stv. Abg. Michael Ospelt (Ersatzmitglied)
- Wahl der Parlamentarier-Kommission Bodensee
  In die Parlamentarier-Kommission Bodensee werden gewählt:
  - Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter)
  - Abg. Violanda Lanter-Koller
  - Abg. Patrick Risch
  - Stv. Abg. Ado Vogt
- Wahl der Delegation für die Interparlamentarische Union
  In die Delegation für die Interparlamentarische Union werden gewählt:
  - Abg. Mario Wohlwend (Mitglied und Delegationsleiter)
  - Abg. Johannes Hasler (Mitglied)
  - Abg. Jürgen Beck (Ersatzmitglied)
  - Stv. Abg. Wolfgang Marxer (Ersatzmitglied)
- Wahl der EWR-Kommission
  In die EWR-Kommission werden gewählt:
  - Abg. Elfried Hasler (Vorsitz)
  - Stv. Abg. Peter Frick

  - Abg. Patrick Risch
  - Stv. Abg. Ado Vogt
  - Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Mitglieder des Richterauswahlgremiums
  In das Richterauswahlgremium werden gewählt:
  - Abg. Johannes Kaiser
  - Abg. Thomas Lageder
  - Abg. Thomas Rehak
  - Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Regierung
  In die Regierung werden gewählt:
  - Adrian Hasler (Regierungschef)
  - Daniel Risch (Regierungschef-Stellvertreter)
  - Aurelia Frick (Regierungsrätin)
  - Dominique Gantenbein (Regierungsrätin)
  - Mauro Pedrazzini (Regierungsrat)
  - Renate Feger (Regierungsrat-Stellvertreterin)
  - Manuel Frick (Regierungsrat-Stellvertreter)
  - Dietmar Lampert (Regierungsrat-Stellvertreter)
  - Patrik Oehri (Regierungsrat-Stellvertreter)
  - Carmen Zanghellini-Pfeiffer (Regierungsrat-Stellvertreterin)
- Abänderung des Gesetzes über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG) (Nr. 5/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.

Öffentliche Landtagssitzung vom 3./4. Mai 2017

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4. Mai 2017
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. November 2016
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 30. November und 1./2. Dezember 2016
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 30. März 2017
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
  - neue EU-Datenschutz-Grundverordnung
  - Medikamentenkäufe in Liechtenstein
  - Medikamentenkäufe im Ausland
  - Ersatzvornahmen in der Abschusserfüllung für das Jagdjahr 2016/2017
- Anfragen des Abg. Elfried Hasler:
  - Eisenbahnkonzession
  - Quellensteuerrückforderungen gemäss DBA Liechtenstein-Schweiz
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Synergien beim Bau des Dienstleistungszentrums der Liechtensteinischen Landesverwaltung in Vaduz mit der Gemeinde Vaduz
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Massnahmen betreffend den VW-Abgasskandal
  - Gesetz über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG)
  - Wildtier-Konzept
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
  - aktueller Stand Finanzplatzstrategie
  - Hochspannungsleitungen in Balzers
- Anfrage des Abg. Thomas Rehak:
  - Bushaltestelle der Weiterführenden Schulen in Triesen
- Anfrage des Abg. Günter Vogt:
  - hohe Pestizidbelastungen in kleinen Fliessgewässern
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Schimmelbefall im Archivgut des Grundbuchamtes
  - Durchsetzung des Besteuerungsrechts des Kantons St. Gallen gegenüber Liechtenstein
  - Vermögensverwaltung der staatlichen Finanzen
  - Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 21. März 2012 Realisierung des SZU II
- Anfrage der Abg. Violanda Lanter-Koller:
  - Umgang mit Drohnen
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - dringender Handlungsbedarf im Gesundheitswesen
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - invasive Neophyten
- Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
  - Stipendiengesuche und Datenschutz
  - Frostschäden
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
  - 14. Europäischer Chemielehrerkongress in Vaduz
- Anfrage des Abg. Erich Hasler:
  - Rechtsstreitigkeiten des Landesspitals
- Anfrage des Abg. Daniel Oehry:
  - Datenschutz-Grundverordnung
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
  - Betrugsfall in der Arbeitslosenversicherung
- Anfrage des Abg. Georg Kaufmann:
  - Invalidenversicherung
- Anfrage des Landtagspräsidenten Albert Frick:
  - Lohnstatistik
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die nachhaltigen Entwicklungsziele 2015-2030 (SDGs) der Vereinten Nationen (Nr. 10/2017)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits und Nachtragskredits für die Beteiligung an den Investitionen des Forschungs- und Innovationszentrums Rheintal (Nr. 166/2016)
  Die beantragten Kredite werden genehmigt.
- Geschäftsbericht 2016 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 12/2017)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht über die Justizpflege der ordentlichen Gerichte

für das Jahr 2016 (Nr. 2/2017)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 8/2017)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 9/2017)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2016 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil (Nr. 11/2017)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Revisionsbericht 2016 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 15/2017)
  Der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht werden zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2016 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2016 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2016 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2016 der Delegation bei der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2016 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2016 der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche (OSKJ)
  Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl eines Mitglieds der Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht
  Als Mitglied der Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht wird gewählt:
  - Martina Haas, Bächliweg 2a, 9495 Triesen
- Wahl der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten
  Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wird wie folgt gewählt:
  - Präsidentin: Dr. iur. Sybille Vogt, Am Sunnaberg 4, 9495 Triesen
  - Vizepräsident: Martin Gassner, Bildgass 52, 9494 Schaan
  - Mitglied: Gilbert Frommelt, Im Zagalzel 36, 9494 Schaan
  - Mitglied: Andrea Häring, Garnis 16, 9495 Triesen
  - Mitglied: Harry Hasler, Heragass 37, 9492 Eschen
  - Ersatzmitglied: Petra Eichele, Im Rossfeld 23a, 9494 Schaan
  - Ersatzmitglied: Markus Wille, Plattenbach 27, 9496 Balzers
- Wahl einer Landrichterin
  Als Landrichterin wird gewählt:
  - Frau Dr. Jasmin Walch, M.A. HSG, LL.M. [redacted]
- Bestellung einer Besonderen Landtagskommission nach Art. 69 der Geschäftsordnung des Landtages zur Vorbereitung einer Teilrevision der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein vom 19.12.2012 und des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder des Landtages und von Beiträgen an die im Landtag vertretenen Wählergruppen vom 17.12.1981
  Die Besondere Landtagskommission wird wie folgt gewählt:
  - Johannes Kaiser, Vorsitz
  - Jürgen Beck
  - Helen Konzett
  - Gunilla Marxer-Kranz
  - Daniel Seger
- Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Nr. 78/2014) [1. Lesung: 2. Oktober 2014] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 6/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes und weiterer Gesetze (Nr. 159/2016) [1. Lesung: 2. Dezember 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 13/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafvollzugsgesetzes (Nr. 131/2016) [1. Lesung: 4. November 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 1/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gerichtsgebührengesetzes (GGG) (Nr. 144/2016) [1. Lesung: 2. Dezember 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 4/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung der Zivilprozessordnung, der Jurisdiktionsnorm, des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches und des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (Schiedsfähigkeit von Konsumentensachen) (Nr. 163/2016) [1. Lesung: 2. Dezember 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 3/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Einbürgerungsgesuch Maida und Ines Sinanbegovic
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 über Marktmissbrauch (EWR-Marktmissbrauchsverordnungs-Durchführungsgesetz; EWR-MDG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 7/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Banken und Wertpapierfirmen, des Gesetzes über die Vermögensver-

waltung und weiterer Gesetze (Nr. 14/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Kommunikationsgesetzes (Nr. 16/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 7./8./9. Juni 2017
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 7./8./9. Juni 2017
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
  - Vorgehen bei straffälligen Asylsuchenden
- Anfrage des Abg. Elfried Hasler:
  - freie Arztwahl und Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien
- Anfrage des Abg. Johannes Hasler:
  - Terrorismus
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Kopie der Rechnung
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Bewilligung zum Offenhalten von Geschäften
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Naturkundliche Sammlung
  - CO_2-Zertifikate
  - Solidaritätsbeiträge der SPL
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - zeitnahe Realisierung der Verkehrsschlaufe im Zentrum von Schaanwald
  - Direktimport für KMUs aus dem EU-Raum
- Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  - Zuständigkeitsregeln in der Zivilprozessordnung
- Anfragen der Abg. Susanne Eberle-Strub:
  - Istanbul-Konvention
  - altes Zollhaus im Steg
  - Schulsozialarbeit
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Eigentumsverhältnisse bei der Medicnova Privatklinik AG in Bendern
  - Zustand der Schutzwälder in Liechtenstein
- Anfrage des Stv. Abg. Michael Ospelt:
  - Revision des Sexualstrafrechts
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
  - Projekt Hängebrücke für 300 Jahre Liechtenstein
  - Schimmelbefall im Archivgut des Grundbuchamtes
  - verfügbare Studien zum Grundwasser
  - Verhältnis mit dem Agrarmarkt Schweiz
- Anfrage des Stv. Abg. Alexander Batliner:
  - Dauer der Primarschule
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
  - einheitlicher Termin für Lehrstellenzusage am 1. November
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - freie Arztwahl
  - Radio L
  - St. Luzi-Strasse in Eschen
- Anfragen des Abg. Günter Vogt:
  - Anzahl und Dauer Einspracheverfahren im Steuergesetz
  - Kinderabzug im Steuergesetz
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Postulat «Familienförderung – Erhöhung der Kinderzulagen und Ausdehnung der Blockzeiten» der Abgeordneten Susanne Eberle-Strub, Albert Frick, Elfried Hasler, Johannes Hasler, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Eugen Nägele und Daniel Seger vom 2. Mai 2017
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Subventionierung einer Langsamverkehrsbrücke über den Rhein zwischen Vaduz und Buchs im Bereich Rheinau – Obere Rüttigasse (Nr. 26/2017)
  Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für ein Schulraumprovisorium für die Realschule Schaan und die Sportschule am Standort Mühleholz in Vaduz (Nr. 32/2017)
  Der Verpflichtungskredit wird nicht genehmigt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für ein Schulraumprovisorium für die Berufsmaturitätsschule am Standort Giessen in Vaduz (Nr. 33/2017)
  Der Verpflichtungskredit wird nicht genehmigt.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2018 (Nr. 31/2017)
  Der Staatsbeitrag wird auf CHF 29 Mio. für das Jahr 2018 festgelegt.
- Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2016 (Rechenschaftsbericht 2016) (Nr. 17/2017)
  Der Rechenschaftsbericht der Regierung sowie die Landesrechnung für das Jahr 2016 werden genehmigt und verdankt. Ausserdem wird der Übertragung des Jahresergebnisses in die Eigenmittel zugestimmt.
- Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2016
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2016 der Finanzkontrolle
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2016 der Datenschutzstelle
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 21/2017)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2016 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2016 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 24/2017)
  Der Geschäftsbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2016 der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 28/2017)

Der Jahresbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG) vom 10. Dezember 2008 (Nr. 160/2016) [1. Lesung: 2. Dezember 2016] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 20/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesänderung wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Philippinen vom 28. April 2016 (Nr. 18/2017)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Georgien vom 27. Juni 2016 (Nr. 19/2017)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 9. Mai 1992 (Nr. 29/2017)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2017 Nr. 114)
  Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl einer Landrichterin
  Frau Mag. Claudia Hagen, Böckwies 11c, A-6841 Mäder, wird nicht als neue Landrichterin gewählt.
- Wahl eines Ad-hoc-Richters des Landgerichts für das Verfahren zu 04 CG.2007.101
  Als Ad-hoc-Richter des Landgerichtes wird gewählt:
  - Herr Dr. Robert Braunias, Thomas-Riss-Weg 7, A-6020 Innsbruck
- Wahl einer Delegation für die Beziehungen zum Schweizer Parlament
  Die Delegation wird wie folgt gewählt:
  - Landtagspräsident Albert Frick
  - Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz
  - Abg. Georg Kaufmann
  - Abg. Violanda Lanter-Koller
  - Abg. Daniel Oehry
  - Abg. Harry Quaderer
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Aufhebung Art. 289 PGR) (Nr. 25/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Anpassung des Bankengesetzes und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 22/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Investmentunternehmensgesetzes (Nr. 23/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Kommunikationsgesetzes und der Strafprozessordnung (Vorratsdatenspeicherung) (Nr. 27/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Entsendegesetzes, LGBl. 2000 Nr. 88, sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 34/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Bau und Infrastruktur, Amt für Gesundheit und Amt für Soziale Dienste (Nr. 30/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 6. Juli 2017
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 6. Juli 2017
- Wahl eines Landrichters
  Als Landrichter wird gewählt:
  - Dr. Johannes Witwer, Hauptstrasse 31b, A-6706 Bürs

Öffentliche Landtagssitzung vom 5./6./7. September 2017
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 5./6./7. September 2017
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4. Mai 2017
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 7./8./9. Juni 2017
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 6. Juli 2017
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Attraktivität des Lehrerberufs
  - DBA mit der Schweiz und Liechtenstein-Institut
  - Dieselskandal
  - Geschlechterquote und Verfassung
  - Jagdgesetz und Schutzwald
  - Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten
- Anfrage des Abg. Frank Konrad:
  - Referendum
- Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  - schulische Informationen im Falle der gemeinsamen Obsorge nach einer Trennung oder einer Scheidung
- Anfragen der Abg. Violanda Lanter-Koller:
  - Landeskasse
  - Ankündigung von Lohnerhöhungen
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - finanzielle Auswirkungen für den Staat betreffend Kostenbeteiligung an Vertragsspitälern
  - finanzielle Auswirkungen der Beitragsreduktionen, der Prämienrabatte, infolge höherer freiwilliger Kostenbeteiligung gemäss Art. 23a KVG
  - Kostenaufwendungen des Liechtensteiner Krankenkassenverbandes infolge Prozessführungen
  - Zuschg-Gebäude in Schaanwald
- Anfragen des Abg. Günter Vogt:
  - psychoaktive Drogen in Liechtenstein
  - ablehnende Rückmeldung zu formlosen Anfragen oder allgemeinen Auskünften an Landtagsabgeordnete

- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Eigentumsverhältnisse bei der Medicnova Privatklinik AG
- Anfrage des Abg. Georg Kaufmann:
  - ärztliche komplementärmedizinische Leistungen
- Anfrage des Abg. Johannes Hasler:
  - Anstellungen in der Landesverwaltung
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Netzausfälle bei der Telecom
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
  - Seed X
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Radio L
  - Dienstleistungen der Steuerverwaltung
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
  - Massnahmen im Inland nach der Ablehnung der Teilnahme an «Horizon 2020»
  - pendente Motion zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerungen
  - aktuelle Situation zur Biodiversität in Liechtenstein
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Interpellation zur künftigen Ausrichtung des Landesspitals im Rahmen einer gesundheitspolitischen Gesamtstrategie der Abgeordneten Manfred Kaufmann, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Günter Vogt, Thomas Vogt, Christoph Wenaweser und Mario Wohlwend vom 7. August 2017
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement für Unternehmen ab 50 Angestellten» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 12. Juni 2017
  Das Postulat wird in abgeänderter Fassung an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Herstellung der Gleichbehandlung von Familien mit ausserhäuslich betreuten Kindern der Abgeordneten Herbert Elkuch und Erich Hasler vom 7. August 2017
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2017) (Nr. 50/2017)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein» (Nr. 44/2017)
  Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Gewährung eines Landesbeitrages an die Genossenschaft Theater am Kirchplatz für die Jahre 2018 bis 2021 (Nr. 45/2017)
  Der Gewährung des Landesbeitrages wird zugestimmt.
- Gewährung eines Landesbeitrages an die Geschäftsstelle der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA (Nr. 57/2017)
  Der Gewährung des Landesbeitrages wird zugestimmt.
- Wahl einer Richterin des Verwaltungsgerichtshofes
  Als Richterin des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  - Frau lic.iur. Marion Seeger, Landstrasse 81, 9494 Schaan
- Wahl eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Verwaltungsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr lic.iur. Claudio Frick, Im Hasenacker 25, 9494 Schaan
- Genehmigung eines Nachtragskredites zur Sicherstellung der Grundversorgung im Liechtensteinischen Landesspital (Nr. 54/2017)
  Der Nachtragskredit wird bewilligt.
- Geschäftsbericht 2016 der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) (Nr. 36/2017)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 40/2017)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 41/2017)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Beschluss Nr. 93/2017 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses – 3. Energiepaket (Nr. 48/2017)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschlüsse Nr. 37/2017, 38/2017 und 39/2017 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses im Bereich Eisenbahn (Nr. 49/2017)
  Den Beschlüssen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 23. Februar 2017 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens (Nr. 46/2017)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengenbesitzstands) (Nr. 47/2017)
  Der Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Abdic Admira
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Nr. 35/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer (EWR-Zentralverwahrer-Durchführungsgesetz; EWR-ZVDG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 37/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Gesetzes über die Versicherungs-

vermittlung (Versicherungsvermittlungsgesetz; VersVermG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 53/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Wirtschaftsprüfergesetzes (WPG) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 38/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1999 über die Rückgabe unrechtmässig verbrachter Kulturgüter (Umsetzung der Richtlinie 2014/60/EU) (Nr. 39/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) (Nr. 42/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) (Nr. 43/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG) (Spontaner Informationsaustausch) (Nr. 51/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) (Nr. 52/2017); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Baugesetzes (BauG) (Beschneiung) (Nr. 58/2017); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Nr. 55/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) und weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2014/54/EU über Massnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen), sowie des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) (Nr. 56/2017); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5./6. Oktober 2017

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Oktober 2017
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Besteuerung des Bruttospielertrags von Spielbanken, sprich Casinos
  - Lärmbelastung der Bevölkerung
- Anfragen des Abg. Christoph Wenaweser:
  - Abschusserfüllung im Jagdjahr 2017/2018
  - steuerbefreite Nachdeklaration von unversteuertem Vermögen
  - Steuererklärungen juristischer Personen
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  - vermeintlicher Logikfehler des Amtes für Bau und Infrastruktur
- Anfrage des Stv. Abg. Ado Vogt:
  - Sanierungsarbeiten des Landtagsgebäudes
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
  - Parkplatzvergrösserung in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
  - Ämterprüfung
- Anfragen des Abg. Günter Vogt:
  - Investitionsschutz für bestehende und im Bau befindliche Koax-Installationen betreffend das Broadcast-Signal auf den neuen Glasfaserstrecken von LKW und Telecom Liechtenstein
  - Unvereinbarkeit von Ämtern von Regierungsmitgliedern
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - einstiges Regierungsprojekt «Perspektive 11eins»
  - Reserven der Krankenkassen und Festlegung der Krankenkassenprämien der OKP 2018
  - Krankenkassenprämien, im Speziellen zu den Zusatzprämien
  - viel beschworene Familienpolitik und deren Floskeln
- Anfrage des Abg. Eugen Nägele:
  - Airbnb und Meldepflicht
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
  - EU-Datenschutz-Grundverordnung
- Anfragen des Stv. Abg. Alexander Batliner:
  - Liechtensteinisches Landesspital
  - Versicherungsbeziehungen von Matrosen bei den Sozialversicherungen
  - Radio Liechtenstein
  - Neubesetzung von Kaderpositionen bei öffentlich-rechtlichen Unternehmen
- Anfragen der Abg. Susanne Eberle-Strub:
  - Rückkehrhilfe
  - Neubau Landesbibliothek
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Postfachgebühr
  - unstimmiger Landesrichtplan
- Anfrage des Abg. Johannes Hasler:
  - «Impuls Liechtenstein»
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Verfahrenskosten von WZW-Verfahren im Vergleich zur Schweiz
  - Krankenkassenprämienerhöhung 2018
- Anfragen des Abg. Daniel Seger:
  - Sinfonieorchester Liechtenstein
  - Post Liechtenstein beziehungsweise die Gebühr für die Postfachzustellung
  - Geschenk zur Jubiläumsfeier «200 Jahre Postwesen in Liechtenstein»

- Anfragen des Stv. Abg. Wolfgang Marxer:
  - Termineinhaltung der Regierung bei parlamentarischen Vorstössen des Landtags
  - S-Bahn beziehungsweise die Eisenbahnkonzession
- Anfrage des Abg. Erich Hasler:
  - Lärmemissionen und Lärmschutz entlang der Bahnstrecke zwischen Schaanwald und Buchs
- Aktuelle Stunde: Finanzierung der Alterspflege
  Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Petition des Vereins Hoi Quote
  Die Petition wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Zentrumsgestaltung Schaanwald der Abgeordneten Susanne Eberle-Strub, Albert Frick, Johannes Hasler, Johannes Kaiser, Eugen Nägele, Daniel Oehry und Daniel Seger vom 23. August 2017
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Invalidenversicherung und den Sozialversicherungen im Allgemeinen der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 4. September 2017
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Kostenbefreiung bei Mutterschaft der Abgeordneten Herbert Elkuch, Erich Hasler und Harry Quaderer vom 6. September 2017
  Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend den Finanzausgleich – Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden (Nr. 61/2017)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2017) (Nr. 64/2017)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Verpflichtungskredits für den Neubau einer Kletterhalle des Liechtensteiner Alpenvereins in Schaan (Nr. 67/2017)
  Dem Verpflichtungskredit wird zugestimmt.
- Wahl eines Präsidenten des Obersten Gerichtshofes
  Als Präsident des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
  - Herr Prof. Dr. Hubertus Schumacher, Kaiserjägerstrasse 18, A-6020 Innsbruck
- Wahl eines Richters des Obersten Gerichtshofes
  Als Richter des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
  - Herr lic.iur. M.B.L.-HSG Thomas Ritter, Fürst-Franz-Josef-Strasse 25, 9493 Mauren
- Wahl eines Richters des Obersten Gerichtshofes
  Als Richter des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
  - Herr Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, A-6890 Lustenau
- Wahl eines Richters des Staatsgerichtshofes
  Als Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr Univ.-Doz. Dr. Peter Bussjäger, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, 9487 Bendern
- Wahl eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr o.Univ.-Prof. Dr. Walter Berka, Kapitelgasse 5-7, A-5020 Salzburg
- Wahl eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
  Als Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
  - Herr lic.iur. Marco Ender, LL.M., Schlattfeldweg 17, 9491 Ruggell
- Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Finanzmarktaufsichts-Beschwerdekommission
  Als Präsident und Vizepräsident der Finanzmarktaufsichts-Beschwerdekommission werden gewählt:
  Präsident: Dr. Wilhelm Ungerank, Richter beim Obergericht, Spaniagasse 1, 9490 Vaduz
  Vizepräsident: Reinhold Zanghellini, Bardellaweg 24, 9494 Schaan
- Anpassung des Bankengesetzes und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 22/2017) [1. Lesung: 9. Juni 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 62/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Entsendegesetzes sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 34/2017) [1. Lesung: 9. Juni 2017]- Stellungnahme der Regierung (Nr. 68/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abkommen vom 28. Juni 2017 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Fürstentum Monaco zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung (Nr. 59/2017)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 059/2017 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2013/37/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EU über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors) (Nr. 60/2017)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 94/2017 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems («IMI-Verordnung»)) (Nr. 66/2017)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG), des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG), des Heimatschriftengesetzes (HSchG) sowie des Asylgesetzes (AsylG) (Nr. 65/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

- Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes (Nr. 63/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Regierungsprogramm 2017 – 2021 (Nr. 69/2017)
  Das Regierungsprogramm wird zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 8./9./10. November 2017

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 8./9./10. November 2017
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 5./6./7. September 2017
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Wohneigentum für den Mittelstand
  - Jagdpachtschilling
  - Pensionen Magistraten
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
  - Umsatzausfall von Gewerbetreibenden, verursacht durch Baustellen des Landes
  - Cyberbedrohung in Liechtenstein
  - säumige Krankenkassenprämienzahler
- Anfragen des Abg. Elfried Hasler:
  - Rheinwuhrsanierung
  - Landesforstbetrieb
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Bekämpfung moderner Sklaverei
  - Islam-Studie
- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
  - Datenaustausch in der Landesverwaltung
  - Wahlanalyse
- Anfrage des Abg. Günter Vogt:
  - Entwicklung der quantitativen Struktur der Gesellschaften in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
  - aktueller Stand Hochspannungsleitungen in Balzers
- Anfrage des Abg. Johannes Hasler:
  - Normenkontrollkompetenz des Staatsgerichtshofs
- Anfragen des Abg. Eugen Nägele:
  - Airbnb und Meldepflicht (Teil II)
  - Mähen des Rheindamms
- Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
  - Führungskompetenz von Amtsstellenleitern
  - Arbeitslosenversicherung
  - Schutzwald
- Anfrage der Abg. Susanne Eberle-Strub:
  - Herbizid Glyphosat
- Anfragen des Abg. Erich Hasler:
  - Lärmemissionen und Lärmschutz entlang der Bahnstrecke
  - Radio L
  - Kataster der belasteten Standorte
- Anfragen des Stv. Abg. Peter Frick:
  - Ausbildungen nach Beendigung einer ausländischen Schule oder auch nach einem Gymnasiumabbruch
  - Verkehrsproblematik Unterland
  - Förderung des Vereins für Männerfragen auf das Jahr 2018
- Anfragen des Stv. Abg. Alexander Batliner:
  - Krankenversicherung von Matrosen (Teil 2)
  - Internetseite www.staatskalender.li
- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:
  - Berufsmaturitätsschule
  - Verfügbarkeit von Impfstoffen
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Beitrag der Gemeinden an die Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein»
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Interpellation zur Ökologisierung der Landwirtschaft in Liechtenstein der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 2. Oktober 2017
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur neuen Besteuerungspraxis (DBA-Quellenbesteuerung) für Spitalangestellte und BZB-Lehrkräfte im Kanton St. Gallen mit Inkraftsetzung ab dem 1. Januar 2018 der Abgeordneten Susanne Eberle-Strub, Herbert Elkuch, Johannes Hasler, Johannes Kaiser, Gunilla Marxer-Kranz, Daniel Oehry, Thomas Rehak und Daniel Seger vom 2. Oktober 2017
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur zukünftigen Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter der Abgeordneten Jürgen Beck, Susanne Eberle-Strub, Albert Frick, Erich Hasler, Johannes Hasler, Georg Kaufmann, Manfred Kaufmann, Frank Konrad, Thomas Lageder, Violanda Lanter-Koller, Gunilla Marxer-Kranz, Eugen Nägele, Daniel Oehry, Harry Quaderer, Daniel Seger, Günter Vogt, Thomas Vogt, Christoph Wenaweser und Mario Wohlwend vom 2. Oktober 2017
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur steuerlichen Bewertung von Liegenschaften der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 9. Oktober 2017
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 9. Oktober 2017
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Wiedereinführung einer Besteuerung der Ausschüttungen» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 9. Oktober 2017
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Entkoppelung der Höhe des Sollertrags von der Höhe des Eigenkapital-Zinsabzugs» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 9. Oktober 2017

Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.

– Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2017) (Nr. 89/2017)
  Die Nachtragskredite werden bewilligt.
– Wahl eines Ersatzmitgliedes der Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht
  Als Ersatzmitglied der Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht wird gewählt:
  – Frau Petra Eisele, Im Rossfeld 23a, 9494 Schaan
– Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2018) (Nr. 85/2017)
  Der Hochbautenbericht 2018 wird zur Kenntnis genommen.
– Bau und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein (Verkehrsinfrastrukturbericht 2018) (Nr. 87/2017)
  Der Verkehrsinfrastrukturbericht 2018 wird zur Kenntnis genommen.
– Finanzplanung 2018 – 2021 (Nr. 71/2017)
  Der Bericht zur Finanzplanung 2018 – 2021 wird zur Kenntnis genommen.
– Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2018 (Nr. 70/2017)
  Der Landesvoranschlag für das Jahr 2018 wird inkl. Nachträgen genehmigt. Dem Antrag wird mit zwei Änderungen zugestimmt. Das Finanzgesetz wird in 1. und 2 Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
– Abänderung des Gesetzes über die Banken und Wertpapierfirmen, des Gesetzes über die Vermögensverwalter und weiterer Gesetze (Nr. 14/2017) [1. Lesung: 4. Mai 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 72/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Nr. 35/2017) [1. Lesung: 6. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 73/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer (EWR-Zentralverwahrer-Durchführungsgesetz; EWR-ZVDG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 37/2017) [1. Lesung: 6. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 77/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) (Nr. 42/2017) [1. Lesung: 7. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 79/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) (Nr. 43/2017) [1. Lesung: 7. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 78/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG) (Spontaner Informationsaustausch) (Nr. 51/2017) [1. Lesung: 7. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 74/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Kommunikationsgesetzes und der Strafprozessordnung (Vorratsdatenspeicherung) (Nr. 27/2017) [1. Lesung: 9. Juni 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 88/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1999 über die Rückgabe unrechtmässig verbrachter Kulturgüter (Umsetzung der Richtlinie 2014/60/EU) (Nr. 39/2017) [1. Lesung: 7. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 82/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Nr. 55/2017) [1. Lesung: 7. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 83/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) und weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2014/54/EU über Massnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen), sowie des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) (Nr. 56/2017) [1. Lesung: 7. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 84/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Notifikation der Partnerstaaten gemäss Abschnitt 7 Absatz 1 Buchstabe f der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Nr. 81/2017)
  Den Notifikationen wird zugestimmt.
– Schaffung einer Richterstelle beim Fürstlichen Landgericht (Nr. 75/2017)
  Dieses Traktandum wird von der Traktandenliste abgesetzt.
– Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Senkung des Normalsatzes auf 7.7 % und des Sondersatzes auf 3.7 %) (Nr. 76/2017); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG) (Nr. 80/2017); 1. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung des Gesetzes über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen sowie die Abänderung des Gesetzes über die Amtliche Vermessung, des Sachenrechts und des Geoinformationsgesetzes (Nr. 86/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 5./6. Dezember 2017
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 5./6. Dezember 2017
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Oktober 2017
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Thomas Lageder:
  - Glyphosat
  - Horizon 2020
  - Istanbul-Konvention
  - Landtagsgebäude
- Anfragen des Abg. Johannes Hasler:
  - Publikation der Entscheidungen des Staatsgerichtshofes
  - Stellen mit hoheitlichen Aufgaben in der Landesverwaltung
  - Kündigungen beim Amt für Bau und Infrastruktur
  - kardiologischer Notfalldienst Medicnova
- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
  - Wichtigkeit der Optimierung im Liniennetz der LIEmobil
  - Lohnanpassungen in der Landesverwaltung
  - betriebliche Personalvorsorge (BPVG)
- Anfragen des Abg. Elfried Hasler:
  - Einreichefrist für Eintragungen im Handelsregister
  - Forschungsförderung respektive Ausrichtung von Fördermitteln an nationale Forschungseinrichtungen
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
  - Finanzierung der Online-Version des Historischen Lexikons
  - Stand der Gespräche zur S-Bahn mit Österreich
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - EFTA-Freihandelsabkommen
  - Abgasmanipulationen, Dieselskandal
  - Jahrhundert-Strassenbauwerk
- Anfragen der Abg. Violanda Lanter-Koller:
  - Verankerung und Weiterentwicklung der Leistungsanalyse
  - Rechte von Menschen mit Behinderung
- Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Schadstoffbelastung im Schnee in Liechtenstein
  - Gesetzesgrundlage Fortpflanzungsmedizin
  - Bahnverbindung Berlin-Buchs-Vaduz
- Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
  - Führungsakzeptanz von Amtsstellenleitern
  - Teilnahme an Weltklimakonferenzen und Wirkung eingesetzter Steuergelder im Klimabereich
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Abgabe von Hilfsmitteln an Altersrentner
  - Geldflüsse im Gesundheitswesen von Liechtenstein in die Schweiz und umgekehrt
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Konsequenzen der Tarmed-Einführung auf die Kostenziele in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung 2018
- Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
  - ressourcenorientierte Eingliederungsprofil (REP)
  - Aufhebung eines Rast- und LKW-Abstellplatzes in Nendeln
  - Mobbing, speziell das Cybermobbing
- Anfrage der Abg. Susanne Eberle-Strub:
  - Sanierung Fürstin-Elsa-Brücke
- Anfragen des Stv. Abg. Ado Vogt:
  - Kitas
  - Medienförderung
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
  - englische Übersetzungen liechtensteinischer Gesetze
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
  - Post
  - Rheinparkstadion Vaduz und Gasleitung
- Anfrage des Abg. Christoph Wenaweser:
  - bevorstehenden schwarzen Liste der EU
- Aktuelle Stunde
  Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Postulat «Faktische Gleichstellung von Frauen und Männern» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 6. November 2017
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (IV/2017) (Nr. 92/2017)
  Der Nachtragskredit wird bewilligt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Teilnahme Liechtensteins als Gastland an der Weltgymnaestrada 2019 in Dornbirn (Nr. 94/2017)
  Der Verpflichtungskredit wird bewilligt.
- Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen für das Jahr 2017
  Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
- Totalrevision des Gesetzes über die Versicherungsvermittlung (Versicherungsvermittlungsgesetz; VersVermG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 53/2017) [1. Lesung: 6. September 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 93/2017); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG), des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG), des Heimatschriftengesetzes (HSchG) sowie des Asylgesetzes (AsylG) (Nr.

65/2017) [1. Lesung: 5. Oktober 2017] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 98/2017); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Bestellung eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für die Verfahren zu StGH 2016/091 und 2016/133
  Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes wird bestellt:
  - Herr lic.iur. HSG Siegbert Lampert LL.M., Bühelstrasse 37, 9497 Triesenberg
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für das Fürstliche Landgericht für den Zeitraum 1.2.2018 bis 31.8.2018
  Als Ad-hoc-Richter des Landgerichts wird bestellt:
  - Herr Mag.iur. Wolfgang Schwarz, Rote Mühle Strasse 3, A-6830 Rankweil
- Wahl des/der Datenschutzbeauftragten
  Als Datenschutzbeauftragte wird bestellt:
  - Frau Dr. Marie-Louise Gächter-Alge, Sonnenstrasse 5, A-6900 Bregenz
- Beschluss Nr. 186/2017 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2014/26/EU über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt) (Nr. 90/2017)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen vom 21. August 2017 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die gegenseitige Übernahme der Kosten für ambulante Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Nr. 91/2017)
  Dem Abkommen wird nicht zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuch Semira Abdi
  Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
- Schaffung eines Gesetzes über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften (Verwertungsgesellschaftengesetz; VGG – Umsetzung Richtlinie 2014/26/EU) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 95/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Elektrizitätsmarkt (Elektrizitätsmarktgesetz; EMG) (Umsetzung der Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG) (Nr. 96/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Erdgasmarkt (Gasmarktgesetz; GMG) (Umsetzung der Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG) (Nr. 97/2017); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Wahl des Landesausschusses
  Der Landesausschuss wird wie folgt gewählt:
  - Abg. Jürgen Beck- Abg. Thomas Lageder
  - Abg. Violanda Lanter-Koller
  - Abg. Daniel Oehry
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
  Die Kleinen Anfragen werden in schriftlicher Form beantwortet werden.
- Schliessung des Landtages
  Der Landtag wird geschlossen.

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Die unabhängige Finanzkontrolle, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, die Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die Finanzkontrolle mit einem Personalbestand von 5 Stellen ist organisatorisch dem Landtag zugeordnet.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Im Rahmen ihrer Aufgaben prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, das Finanzgebaren und die Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, staatliche Finanzhilfen und Abgeltungen, das öffentliche Beschaffungswesen, interne Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie IT-Systeme hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen der Regierung im Zusammenhang mit Bildungs- und Forschungsinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Regierung nimmt die Finanzkontrolle seit dem Jahr 2017 Einsitz im EFTA Board of Auditors (EBOA), welches die EFTA-Institutionen prüft.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, öffentlichen Unternehmen sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie gemeinsame Weiterbildungsaktivitäten stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

Datenschutzstelle

Leiterin: Dr. Marie-Louise Gächter-Alge

Die Kernaufgaben der Datenschutzstelle (DSS) liegen in der Beratung, der Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Aufsicht, der Bewilligung von Videoüberwachungen an öffentlich zugänglichen Orten und der Führung des Registers der Datensammlungen. Gegenüber den Vorjahren hat sich die Anzahl der Anfragen zwar reduziert, doch hat sich der qualitative Umfang der Anfragen merklich erhöht. Seit dem Beginn der Aufzeichnungen stammten die meisten Anfragen von der Landesverwaltung oder anderen öffentlichen Stellen. 2017 erhielt die DSS erstmalig mehr Anfragen aus der Industrie und dem Gewerbe sowie dem Dienstleistungsbereich als von der Landesverwaltung. Dies kann vor allem auf die ab 25. Mai 2018 in der EU geltende Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zurückgeführt werden, welche die bisherige Richtlinie und damit die bestehende Gesetzgebung in Liechtenstein ablösen wird.

Allgemeines

Um die vorhandenen Ressourcen in der Datenschutzstelle optimal nutzen zu können, wurde an den in der Vergangenheit definierten reduzierten Schwerpunktbereichen festgehalten. Dies sind der Finanzplatz, die Datensicherheit sowie Gesundheit und Soziales. Trotz notwendiger Einschränkungen war es der DSS ein zentrales Anliegen, Anfragen von Unternehmen und Betroffenen kompetent und zeitnahe zu beantworten sowie bei Beschwerden eine zufriedenstellende und nachhaltige Lösung für alle Betroffenen zu erzielen.

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die DSGVO trat im Mai 2016 in Kraft. Aufgrund der EWR-Mitgliedschaft wird die Verordnung auch in Liechtenstein anwendbar sein. Die DSGVO wird als «Quantensprung» im Datenschutzbereich bezeichnet, denn mit ihr werden Unternehmen stärker in die Pflicht genommen, aber auch bürokratische Regeln abgeschafft. Die Rechte von Betroffenen werden gestärkt, ebenso die nationalen Datenschutzbehörden. Selbst wenn die DSGVO bis 25. Mai 2018 noch nicht in das EWR-Abkommen übernommen sein sollte, wird sie auf Grund ihres erweiterten räumlichen Anwendungsbereichs auch von Unternehmen in Liechtenstein ab diesem Zeitpunkt entsprechend zu berücksichtigen sein, wenn diese in der EU Waren oder Dienstleistungen anbieten oder das Verhalten von Bürgern in der EU beobachten sollten. Folglich müssen sich Unternehmen in Liechtenstein ungeachtet der Entwicklungen im EWR rechtzeitig auf die DSGVO vorbereiten.

Um diese Vorbereitung zu unterstützen, hat die DSS entsprechende Informationen auf der Internetseite veröffentlicht und laufend aktualisiert. Dies betrifft vor allem die Leitlinien der Artikel-29-Datenschutzgruppe.

Die DSGVO wird auch Auswirkungen auf die DSS selbst haben. Aus diesem Grund wurden die bereits im Vorjahr begonnenen Vorbereitungsarbeiten fortgeführt.

Für eine Standortbestimmung in der heimischen Wirtschaft wurde zu Beginn des Berichtsjahres eine anonyme Umfrage an 103 Unternehmen versendet. Es wurde gefragt, inwieweit sich die Unternehmen von der DSGVO betroffen sehen und ob bzw. wie sie sich auf die DSGVO vorbereiten. Die DSS interessierte vor allem, wie sich die betroffenen Unternehmen die Unterstützung durch staatliche Stellen und/oder die Verbände vorstellen. Dabei wurde häufig genannt, dass von staatlicher Seite aktiv durch Schulungen, Workshops oder Veranstaltungen auf die Bestimmungen der DSGVO hingewiesen und über deren Anwendung in der Praxis informiert werden sollte. Die DSS hat diese Anregungen aufgenommen und soweit als möglich berücksichtigt.

Die Zusammenarbeit mit anderen Datenschutzbehörden in Europa und die Vernetzung mit Institutionen und vor allem Unternehmen und Verbänden in Liechtenstein wird insbesondere aufgrund der DSGVO immer wichtiger. Hier wurde entsprechende Vorarbeit geleistet und aktiv der Kontakt gesucht.

Beratung von Privaten und Behörden

Die Beratung von Behörden und Privaten (wozu vor allem Unternehmen wie auch Privatpersonen gehören) ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 542 Anfragen ein, was einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.

Das Thema DSGVO ist bei den Unternehmen angekommen, und andere Datenschutzfragen werden von den Datenbearbeitern offensichtlich zurückgestellt. Diese These wird durch mehrere Feststellungen gestützt. Erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen stammen die meisten Anfragen aus der Industrie, dem Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich, sprich von Unternehmen. In der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres hatten über ein Drittel der Anfragen einen direkten oder indirekten Bezug zur DSGVO. Die meisten Anfragen sind nach wie vor genereller Natur, wo sich die Anzahl mehr als verdoppelte. Bis auf vier Sachgebiete verzeichnete die DSS einen quantitativen Rückgang der Anfragen. Drei der vier Sachgebiete, in denen die Anzahl der Anfragen zunahmen, haben entweder einen direkten oder indirekten Bezug zur DSGVO.

In Bezug auf die nachstehende Tabelle ist zu beachten, dass eine Einteilung der Anfragen in Sachgebiete nur ungefähr möglich ist, da eine Anfrage oft mehrere Themen betrifft.

	Anwalts-büros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Inter-natio-nales	Landesver-waltung, Behörden	Medien	Privat-personen	Vereine, Verbände	Total
Datenschutz allgemein	44	9	44	5	31	58	30	3	224
Arbeitsbereich	1		1		2		4	1	9
Datenbekanntgabe Inland	1	3	2		3		4		13
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	9		16	14	3			9	51
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	1	1	17	1	4	2	9	1	36
Gesetzesvorhaben					18				18
Gesundheit/Soziales	2		2		3				7
Keine Zuständigkeit DSS			5		2		2		9
Polizei/Sicherheit				14					14
Register der Datensammlungen	1		15		1				17
Schengen/Dublin				3					3
Technologischer Datenschutz			12		11	16	11	3	53
Umsetzung/Anwendung europäischen Rechts	4		22	1	4	1			32
Vernehmlassungen ohne Stellungnahmen					17				17
Videoüberwachung		1	9		4	3	10	2	29
Wirtschaft/Finanzen/ Gewerbe/Versicherungen	2		3		5				10
Gesamtergebnis	**65**	**14**	**148**	**38**	**108**	**80**	**70**	**19**	**542**

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen
Im Berichtsjahr wurden drei Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgegeben. Die Stellungnahmen betrafen die folgenden Vorhaben: Gesetz über die Abänderung des Entsendegesetzes, den Erlass eines Gesetzes über Zahlungsdienste (Zahlungsdienstegesetz – ZDG) sowie die Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; POLG).

Stellungnahmen in hängigen Verfahren
Das Gesetz sieht vor, dass die DSS in hängigen Verfahren auf Ersuchen von entscheidenden Organen oder Rechtsmittelbehörden Stellungnahmen zu Datenschutzfragen abgeben kann. Von dieser Bestimmung wurde schon in den Vorjahren kaum Gebrauch gemacht. Im Berichtsjahr wurde die DSS um keine Stellungnahme gebeten. Diese Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur Rechtsprechung in Sachen Datenschutz leisten zu können, wird von der DSS jedoch ausdrücklich begrüsst.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer
In zwei Fällen war die DSS mit Standardvertragsklauseln als Grundlage für die Datenübermittlung in Drittstaaten befasst. Die DSS führte hier die Prüfung durch, ob die unterbreiteten Standardvertragsklauseln mit den Standardvertragsklauseln der EU übereinstimmen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden nur sehr wenige Meldungen oder Anträge gestellt. Dies erstaunt angesichts der Internationalität der hiesigen Wirtschaft.

Im Berichtsjahr gingen 15 Anträge anderer europäischer Datenschutzaufsichtsbehörden (Lead Authority) auf Prüfung von Binding Corporate Rules (BCR) bei der DSS ein. BCR's sind verbindliche unternehmensinterne Vorschriften, welche als Instrument für einen internationalen Datenaustausch innerhalb eines Konzerns oder einer Firmengruppe geeignet sind und die rechtliche Basis für den entsprechenden Datenaustausch bilden. Im Zuge des Genehmigungsprozesses von BCR's prüft die DSS die ihr diesbezüglich unterbreiteten Dokumente und führt den dabei notwendigen internationalen Schriftverkehr.

Aufsicht
Die DSS kontrolliert vor allem in Bereichen, wo sich die Notwendigkeit dazu ergibt. Im Berichtsjahr wurden fünf Aufsichtsverfahren durchgeführt:

Das Land und die Gemeinden haben eine technische Lösung für den Austausch von Meldedaten zwischen einzelnen elektronischen Einwohnerregistern in den Gemeinden und dem Zentralen Personenregister (ZPR) in Betrieb. Das Gesetz über das Zentrale Personenregister (ZPRG) sieht ein abgestuftes Berechtigungsverfahren

vor. An Behörden dürfen nur jene Daten übermittelt werden, die sie für ihren gesetzlichen Auftrag benötigen. Es wurde daher geprüft, ob für bestimmte kritische Daten eine entsprechende Begründung seitens der Gemeinden bzw. eine ausreichende Rechtsgrundlage vorliegt.

Bei einem im Bereich E-Marketing tätigen Unternehmen wurde eine Vor-Ort-Sachverhaltsabklärung als Folge mehrerer bei der DSS eingegangener Beschwerden durchgeführt. Insbesondere stellte sich die Frage, ob bei den zum Kundenstamm dieses Unternehmens gehörenden Personen jeweils eine Einwilligungserklärung zur Bearbeitung ihrer Daten vorlag, und ob diese auch das Einverständnis zur Weitergabe der entsprechenden Kundendaten an Dritte umfasste.

Eine Bank informierte die DSS bereits im November 2016 darüber, dass sie Ziel eines Hackerangriffs geworden war. Da durch den Hackerangriff die Möglichkeit einer Verletzung der Persönlichkeitsrechte nicht ausgeschlossen werden konnte, wurde eine entsprechende Sachverhaltsabklärung durchgeführt.

Es wurde bei einigen ausgewählten Unternehmen geprüft, ob gerade im Zusammenhang mit dem Datentransfer ins Ausland das DSG eingehalten wird. Mittels Fragebogen wurde ermittelt, wo bei den Unternehmen Schwachstellen im Auslandsdatentransfer vorhanden waren, und in welchen Punkten unter Umständen gesetzlichen Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachgekommen wurde.

Aufgrund einer Anfrage prüfte die DSS 2016 den vorhandenen Passwortschutz der elektronischen Steuererklärung (eTax). Im Berichtsjahr fand die Nachkontrolle statt.

Mit der DSGVO werden sich die Aufsichtsverfahren bei der DSS verändern. Um einen Eindruck darüber zu vermitteln, wie ein solches ab dem 25. Mai 2018 aussehen könnte, hat die DSS an zufällig ausgewählte Unternehmen einen fiktiven Prüffragebogen versandt. Dieser Fragebogen diente den Unternehmen als Selbstkontrolle, wie weit sie auf dem Weg, die Anforderungen der DSGVO erfüllen zu können, schon gediehen sind.

Die Ergebnisse der erwähnten Aufsichtsverfahren können im Tätigkeitsbericht 2017 nachgelesen werden.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen

Im Berichtsjahr sind sieben Anträge auf Bewilligung einer Videoüberwachungsanlage eingegangen; acht Bewilligungen wurden verfügt, zwei waren per Ende Jahr noch offen. Hinzu kommen zehn Verfügungen für Verlängerungen bereits bewilligter Videoüberwachungen.

Führung des Registers der Datensammlungen

Dateninhaber haben die Pflicht, entweder ihre Datensammlungen bei der DSS anzumelden oder einen betrieblichen bzw. behördlichen Datenschutzverantwortlichen zu bezeichnen.

Zum Jahresende waren insgesamt 330 Datensammlungen von 74 Dateninhabern (37 Private und 37 Gemeinden oder Institutionen aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich) im Register aufgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 47 neue Datensammlungen im Register erfasst oder bestehende Einträge angepasst. Demgegenüber wurden 16 Datensammlungen aus dem Register entfernt.

Inhaber von Datensammlungen haben jährlich Änderungen im Bestand ihrer Sammlungen zu melden. Im Berichtsjahr gingen keine entsprechenden Meldungen ein.

Die Zahl der Datenschutzverantwortlichen stieg um 33 auf 179. Es wurden 40 Neumeldungen oder Mutationen durchgeführt.

Die Liste der Datensammlungen und die Liste der Datenschutzverantwortlichen sind auf der Internetseite der DSS einsehbar.

Veranstaltungen und Schulungen (Information und Sensibilisierung)

Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche für die breite Öffentlichkeit von Interesse sind. Anlässlich des 11. Datenschutztages wurde eine öffentliche Abendveranstaltung unter dem Titel «Maschinen statt Gefühle – wer trifft die besseren Entscheidungen?» organisiert. Über 120 Interessierte besuchten die Veranstaltung.

In Kooperation mit der Universität Liechtenstein nahm die DSS an einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel «Update: Vorratsdatenspeicherung» teil. Die Veranstaltung bot Gelegenheit, über die geltende Rechtslage zu diskutieren und sich über die Implikationen der Entscheidung des EuGH für Liechtenstein auszutauschen.

Die DSS lud zum bereits siebten Jahrestreffen der betrieblichen Datenschutzverantwortlichen. Es wurde über die aktuellen Entwicklungen im Datenschutzbereich im Allgemeinen sowie über die kommende DSGVO im Besonderen informiert. Eine Vertreterin einer Versicherung stellte umfassend die in ihrem Unternehmen unternommenen Anstrengungen und bereits verwirklichten Massnahmen als Vorbereitung auf die DSGVO vor. Dabei wurde der grosse Anpassungsbedarf und der nicht zu unterschätzende Zeitbedarf und Zeitrahmen bei der Umsetzung der DSGVO in die betriebliche Praxis in aller Deutlichkeit für alle Beteiligten der Veranstaltung sichtbar.

Auf Initiative der DSS fand an der Universität Liechtenstein eine ganztägige Veranstaltung zur DSGVO statt. Der erste Teil der Veranstaltung richtete den Fokus auf die neuen Vorgaben, die mit der DSGVO einzuhalten sind und wies auf die Wichtigkeit einer rechtzeitigen Übernahme der DSGVO in den EWR hin. Dies ist für die heimischen Unternehmen von grosser Bedeutung, da sie sonst zukünftig Vorgaben zweier Rechtsräume erfüllen müssen. Im zweiten Teil erhielten die Teilnehmenden wichtige Tipps zur Vorbereitung der Umsetzung. Vor allem wurde aufgezeigt, welche Instrumentarien und Prozesse Unternehmen bei der Umsetzung implementieren müssen.

Am alle zwei Jahre stattfindenden Zertifikatslehrgang Compliance Officer der Universität hatte die DSS nach 2015 neuerlich die Möglichkeit, detailliert über den Datenschutz und die aktuellen Entwicklungen zu informieren. Dabei ging es um folgende Themenblöcke: Grundsätze des Datenschutzes und Tätigkeiten der Datenschutzstelle, die DSGVO als ein entscheidender Meilenstein im Datenschutz, Datensicherheit sowie Werkzeuge und Methoden für Compliance im Datenschutz.

Öffentlichkeitsarbeit

Medien

Zu verschiedenen Themen erfolgten Stellungnahmen in den Medien. Dazu gehörten vor allem Beiträge zur DSGVO.

Zudem gab die DSS ein Interview zu Darknets, in dem es auch um die Überwachung im Allgemeinen ging. Dabei war es der DSS wichtig darzulegen, dass Internet und Privatsphäre sowohl rechtlich als auch technisch durchaus miteinander vereinbar sind. So sind der Überwachung im Internet Grenzen gesetzt. Beispielsweise hat der EuGH Wege zur Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung aufgezeigt, die in Liechtenstein im Berichtsjahr neu geregelt wurde.

In der Mitarbeiterzeitung der Landesverwaltung wurden regelmässig Beiträge veröffentlicht.

Internetseite

Die Internetseite der DSS stellt die Plattform zur Information der Öffentlichkeit dar. Sie wird regelmässig und kostengünstig gepflegt.

Im Mittelpunkt der Veröffentlichungen stand die DSGVO. In einer eigenen Rubrik wurden laufend die aktuellen Entwicklungen veröffentlicht und über die DSGVO informiert.

Im Rahmen der Revision des Sorgfaltspflichtsgesetzes (SPG) war die Vernichtung/Löschung ein spezielles Thema. Die DSS hatte angekündigt, eine spezifische Empfehlung zum Thema zu publizieren. Dieser Ankündigung wurde nachgekommen und eine Empfehlung zur Vernichtung von Personendaten veröffentlicht. Wo es zweckmässig und sinnvoll ist, wurde in dieser Empfehlung bereits auf die DSGVO hingewiesen.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Die DSS ist in der ZPR-Kommission von Gesetzes wegen vertreten. In dieser Kommission nimmt die DSS eine aktive Rolle ein. Im Berichtsjahr fanden zwei Kommissionssitzungen statt. Der Schwerpunkt lag in der Auswertung der Protokollierung und der Diskussion betreffend die Modernisierung des ZPR. Andere offene Punkte, wie beispielsweise die Anpassung der Verordnung über das ZPR oder die abschliessende Prüfung der Zugriffsberechtigungen, wurden im Hinblick auf eine anstehende Modernisierung zurückgestellt.

In der Fachgruppe Medienkompetenz fanden drei Sitzungen statt. Die DSS brachte sich vor allem mit Beiträgen zum Thema Mediennutzung ein.

Die DSS begrüsst den Einbezug in Arbeitsgruppen, damit der Datenschutz berücksichtigt wird.

Internationale Arbeitsgruppen

Internationale und europäische Entwicklungen, wie vor allem die DSGVO, betreffen auch Liechtenstein. Es ist darum unerlässlich, dass sich die DSS mit diesen Entwicklungen befasst und sich mit ausländischen Datenschutzbehörden austauscht. In diesem Rahmen hat sich die DSS im Berichtsjahr im Wesentlichen mit folgenden Themen befasst:

Regelmässig nimmt die DSS an den Sitzungen der Artikel-29-Datenschutzgruppe teil. Jedes Jahr finden fünf Sitzungen in Brüssel statt. Die Artikel-29-Datenschutzgruppe veröffentlichte verschiedene Papiere zur DSGVO, die allesamt auf der Internetseite der DSS verlinkt sind.

Der Konventionsausschuss im Europarat beschäftigte sich mit verschiedenen Themen, unter anderem mit der Revision der Datenschutzkonvention. Im Berichtsjahr nahm die DSS an keinen Sitzungen teil.

Ende 2015 wurde die DSS im Schengen-Bereich im Rahmen der Schengen-Evaluationen, die in den Mitgliedsländern durchgeführt werden, geprüft. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die DSS aus Ressourcengründen ihren Aufgaben nicht mehr vollumfänglich nachkommen kann. Ein offizieller Bericht in Folge der Evaluation ging im Berichtsjahr bei der DSS ein. Entsprechende erste Schritte zur Verbesserung der bestehenden Situation wurden gesetzt oder bei den entsprechenden zuständigen Stellen angekündigt.

In eigener Sache

Die Datenschutzverordnung wurde 2014 um eine Gebührenpflicht für Gutachten und Stellungnahmen erweitert. Hintergrund war eine Anregung im Landtag, ob bei Tätigkeiten der DSS nicht Gebühren eingeführt werden könnten. Dies vor allem, um den beratenden Dienstleistungen der DSS etwas mehr Wert beizumessen und um eine kleine staatliche Einnahmequelle zu schaffen. Das Ziel der DSS war und ist es, Hürden abzubauen und diejenigen zu unterstützen, die den Schutz der Privatsphäre ernst nehmen. Die Gebührenpflicht findet seine Grundlage zwar in der Datenschutzverordnung, jedoch nicht im Gesetz. Aufgrund der fehlenden Deckung im DSG wurde entschieden, die Verrechnung von Gebühren vorerst auszusetzen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Anfragen zu evaluieren.

Am 25. Mai 2018 wird die DSGVO auch in Liechtenstein – zumindest auf Grund ihrer extraterritorialen Wirkung – Geltung erlangen. Priorität der DSS im Jahr 2018 muss es daher sein, alle Kanäle der Informationsvermittlung zu nützen, um datenverarbeitende Stellen wie auch Bürger auf die Auswirkungen der DSGVO hinzuweisen und sie in Bezug auf ihre spezifischen Fragen zu beraten. Aber auch für die DSS selbst bringt die DSGVO Ände-

rungen. Die Ausrichtung der Strategie und der Verfahren auf die DSGVO wird eine weitere Priorität im Jahr 2018 sein. Die DSS wird des Weiteren die Entwicklungen innerhalb der Artikel-29-Datenschutzgruppe bzw. des künftigen Europäischen Datenschutzausschusses genau beobachten, die Interessen Liechtensteins in diesen Gremien einbringen und die ausgearbeiteten Leitlinien und Empfehlungen auf der Internetseite zugänglich machen.

Schlussbemerkung
Einzelheiten zu den aufgeführten Tätigkeiten können im Tätigkeitsbericht 2017 der DSS, welcher der Regierung und dem Landtag separat vorgelegt wird, nachgelesen werden.